

FORUM

HELGA ELISABETH BORIES-SAWALA

Die „heimgeholte“ kanadische Verfassung von 1982 und warum Québec sie immer noch nicht unterschreibt

Abstract

Since 1982 Québec has refused to sign the “repatriated” constitution. And it is not the political orientation of the respective government in power of the rebellious “beautiful province” that matters here: after failed attempts to “repatriate Québec into the constitution” neither the Conservatives nor the Liberals raise this point. Even the recollection of the process of “repatriating” the constitution is still ambiguous after a quarter of a century: whereas Anglo-Canada considers it predominantly as a next step towards independence from the British Crown and as a significant progress towards establishing individual rights, many Quebeckers feel reminded of a unilateral act, which goes against their particular will and once again proves the impossibility of recognizing their special interests within a reformed constitution. In the collective memory of Québec the year 1982 stands for a breach of promises by Ottawa and a cowardly act of treachery by other provinces (“night of long knives”). Moreover, it is an indication of the continuous tug-of-war about the reform of the constitution and stands in a long line of defeats Québec has suffered from since the British conquest. The presentation aims at clarifying past and present perceptions in Québec and includes an analysis of press articles from La Presse and Le Devoir.

Résumé

Le Québec persiste et ... ne signe pas la constitution du Canada « rapatriée » en 1982, – et ceci indépendamment de la couleur politique du gouvernement de la Belle et rebelle province. Après les tentatives échouées qui visaient à « rapatrier le Québec dans la constitution » dans la province, ni les conservateurs, ni les libéraux pourtant pro-fédéralistes ne s'avanceraient pour rouvrir ce dossier. Le souvenir même du « rapatriement » de 1982

diffère encore, un quart de siècle après, entre d'une part le Canada anglais, qui souligne l'événement comme un pas de plus vers l'autonomie vis-à-vis de Londres et une avancée des droits de l'individu et, d'autre part, nombre de Québécois de tous bords politiques, qui voient dans cet acte entrepris contre l'avis explicite de la province une autre preuve de l'impossibilité de faire valoir leur spécificité par le biais d'un fédéralisme rénové. Dans la mémoire collective québécoise, 1982 évoque une promesse non tenue par Ottawa, accompagnée d'une trahison par les autres provinces (« la nuit des longs couteaux »), ponctuée un bras-de-fer constitutionnel dont le Québec sort encore perdant et s'inscrit, pour beaucoup, dans la longue série d'humiliations subies depuis la Conquête. La présente contribution a pour but de rendre intelligibles les perceptions québécoises d'alors et d'aujourd'hui et comprend une analyse d'articles significatifs de *La Presse* et du *Devoir*.

Wer sich für das Spannungsverhältnis zwischen der *Belle Province* Québec und der kanadischen Föderation und für die Frage interessiert, wieso diese 1995 nur knapp einem Auseinanderbrechen entgangen ist, stößt, neben tiefer liegenden Tendenzen der *longue durée* und ganz kurzfristigen Phänomenen des „Bouchard-Effekts“, auf der Ebene der Ereignisgeschichte zwischen den Referenden von 1980 und 1995 unweigerlich auf das Jahr 1982 und die „Repatriierung“ der kanadischen Verfassung. Der vorliegende Beitrag will beide Ebenen in Beziehung zueinander setzen, also sowohl die konkreten Umstände der Verfassungsrepatriierung aus dem Abstand eines Vierteljahrhunderts in Erinnerung rufen als auch ihre Wahrnehmung in einer Gesamtsicht auf die Geschichte der Provinz in Québec selbst einordnen.

Angesichts der Bedeutung, die der Repatriierung auf beiden Ebenen zukommt, ist zunächst erstaunlich, dass anders als in der deutschsprachigen Kanadistik, die ihre Jahrestagung im Januar 2007 unter dieses zentrale Thema stellte, das Jubiläum im April 2007 in Kanada selbst keine herausgehobene Publizität genoss. Durch einen überwiegenden Anteil der politischen Klasse wurde es ignoriert, wenn nicht boykottiert, und zwar nicht etwa nur von den Souveränisten des *Bloc québécois*, deren Chef Gilles Duceppe befand: „Es ist ein trauriger Tag für Québec, ein Tag der Verachtung Kanadas gegenüber Québec.“¹ Bei einem Kanada-Besuch im März 2007 erntete ich nur Achselzucken, wenn ich in Buchhandlungen nach Veröffentlichungen in diesem Zusammenhang fragte.² Und als das Datum des offiziellen Jubiläums, der

1 „C'est une journée triste pour le Québec, c'est une journée de mépris du Canada envers le Québec“. *Le Devoir* vom 17. April 2007. Er nimmt in dieser Formulierung nicht zufällig den historischen Ausspruch von René Lévesque auf, vgl. Fußnote 40.

2 Bereits zwei Jahre früher war eine interessante verfassungsjuristische Neuinterpretation der Art und Weise, wie der Charakter Québecks als Nation innerhalb der Entwicklung des kanadischen Föderalismus (nicht) berücksichtigt worden ist, erschienen: Eugénie Brouillet, 2005, *La*

17. April, ins Haus stand, sollte sich zeigen, dass dies nicht nur in der Provinz Québec ein „Nicht-Ereignis“ war: Auch die in Ottawa regierenden Konservativen enthielten sich offizieller Feiern und traten bei den ersatzweise organisierten öffentlichen Ereignissen, wie etwa einer großen wissenschaftlichen Tagung an der Universität Ottawa, nicht in Erscheinung. Die kanadischen Liberalen waren die einzige Formation, die sich mit Stolz auf die vom Liberalen Trudeau ins Werk gesetzte Repatriierung der Verfassung 1982 bezogen.

Wie ist dies zu erklären, ist doch der Verfassungstext ein Aushängeschild einer von vielen als exemplarisch angesehen modernen westlichen Demokratie, noch dazu begleitet von einer Charta der Bürgerrechte und Freiheiten, die ebenfalls ihresgleichen sucht? Liegt es an den Begleitumständen der „Repatriierung“, die noch ein Vierteljahrhundert später nachwirken, oder an der nachhaltigen Belastung der Föderation? Immerhin: Hätte sich Québec in den folgenden Jahren für ein Ausscheren aus der Föderation entschieden, hätte man zwar wohl kaum den Verfassungstext dafür verantwortlich machen können, sehr wohl aber die Art und Weise, wie er damals politisch durchgesetzt wurde.

Ich möchte mich dem Thema in vier Perspektiven nähern. Zunächst: Welche positiven Aspekte werden auch in Québec als solche wahrgenommen und diskutiert? Hier käme die Bewertung der „Repatriierung“ als ein weiterer – für einige entscheidender – Schritt aus der Kolonialabhängigkeit Ottawas von London in Betracht, sowie die Verbindung mit der bereits erwähnten Grundrechte-Charta.

Zweitens wäre zu fragen, wie sich im Gegensatz zu einer pankanadischen Sichtweise die Repatriierung in das Québecer Geschichtsbild der *longue durée* einordnet, wie sie ihren Platz in einer langen Kette von Ereignissen findet, die von frankophonen Kanadiern anders wahrgenommen werden als von Anglkanadiern.³ „Die kanadische Geschichtsschreibung war niemals einheitlich und die Traditionen beider Sprachgruppen sind einander so fremd wie die Geschichtsschreibungen verschied-

négalion de la Nation. L'identité culturelle québécoise et le fédéralisme canadien, Sillery, Québec: Septentrion.

3 In der Zusammenstellung der historischen Ereignisse seit der Eroberung Neufrankreichs durch die Engländer Mitte des 18. Jahrhunderts, die von anglophonen und frankophonen Kanadiern jeweils anders wahrgenommen und interpretiert werden, wird die Repatriierung als „verpasste Versöhnung“ bezeichnet; vgl. Guy Rocher, 1999, „La réconciliation manquée“, in: *AAVV Si je me souviens bien. As I recall. Regards sur l'histoire*, Institut de Recherche en politiques publiques, Montréal, Québec, 329-335. Der Artikel bietet auch einen kurz gefassten Abriss der Ereignisse zwischen den beiden Referenden zur Unabhängigkeit der Provinz 1980 und 1995.

Die Dualität der Geschichtsauffassungen zog sich auch wie ein roter Faden durch die Konferenz: *Quelle histoire pour quel avenir / Whose history for Whose future, 6ième congrès biennal sur l'enseignement, l'apprentissage et la communication de l'histoire*, die im Oktober 2008 in Québec stattfand, vgl. *Canadian issues/Thèmes canadiens* fall/automne 2008 und Sonderbeilage zu *Le Devoir* vom 19. Oktober 2008 (cahier G).

dener Länder. Keine Interpretation hat je alle Kanadier miteinander versöhnen können.“⁴

Drittens gilt es, die mittelfristige Zeitschiene in den Blick zu nehmen, nämlich die Repatriierung der Verfassung von 1982 in der Auseinandersetzung um den Platz Québecs in der Föderation seit der Stillen Revolution der 1960er Jahre bis heute zu verorten, unter Einbeziehung der neuesten Entwicklungen und Bemühungen, ein Vierteljahrhundert nachdem die Verfassung aus dem britischen Mutterland „heimgeholt“ worden ist, nun auch Québec in die Verfassung „heimzuholen“. Schließlich hat sie die Provinz immer noch nicht anerkannt und weigert sich auch weiterhin bisher strikt, dies zu tun.

Viertens schließlich erlaubt eine Detailsicht auf die Ereignisse von vor 25 Jahren, zwischen November 1981 (in die Erinnerung als die „Nacht der langen Messer“ eingegangen) und April 1982, zu erwägen, welche genauen Begleitumstände zu offenbar nachhaltigen Frustrationen in Québec geführt haben mögen.

25 Jahre Verfassung. Die positiven Aspekte

Verfassungstechnisch gesprochen, kann man in der „Heimholung“ der Verfassung den vorläufig letzten Akt in einer langen Kette von Schritten sehen, die Kanada zunehmend von der britischen Krone emanzipieren.

Es sei zunächst daran erinnert, dass kurz nach der britischen Eroberung Neufrankreichs (1763) die Unabhängigkeitsbestrebungen und die schließlich einseitige Unabhängigkeitserklärung der 13 neuenglischen Kolonien, also die Entstehung der USA, ganz entscheidenden Anteil an der Entwicklung Kanadas als Föderation hatten. Eins griff ins andere: Die Rücksicht auf die Eigenheiten des eroberten Neufrankreich in der Québec-Akte 1774 sollte England in der Auseinandersetzung mit den rebellischen 13 Kolonien entlasten, brachte diese aber noch mehr gegen das Mutterland auf, und als der Bruch wenige Jahre später dann besiegelt war, führte die Abwanderung der Loyalisten nach Norden zur Präsenz größerer Gruppen anglophoner Bevölkerung in Kanada, der späteren und heute bevölkerungsreichsten Provinz Ontario. Und die Abgrenzung zum mächtigen Nachbarn USA im Süden bildete das entscheidende Motiv für die britische Nordamerika-Akte von 1867, dem bis 1982 entscheidenden Verfassungstext.

Unterhalb dieser Ebene brachte vor allem die kanadische Beteiligung an den Weltkriegen eine Anerkennung weiterer Eigenständigkeit, auch international: 1919 unterschrieb Kanada selbst den Versailler Vertrag und wurde eigenständiges Mitglied des Völkerbundes; 1926 wurde in der Balfour-Erklärung für Kanada wie auch für die anderen britischen *Dominions* – Neufundland, Australien, Südafrika, Irland und Neuseeland – die Unterordnung unter Großbritannien aufgehoben, und 1939

4 „L'historiographie canadienne n'a jamais été unifiée, et les deux traditions linguistiques sont aussi différentes l'une de l'autre que des historiographies étrangères. Aucune interprétation n'a jamais réussi à réconcilier tous les Canadiens.“ John A. Dickinson, 1996, „Historiens Canadiens: agents d'union ou de désunion“, in: *Revue d'études canadiennes*, 31.2, 148.

erfolgte eine eigene Kriegserklärung Kanadas gegenüber dem Deutschen Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Kanada einflussreiches Gründungsmitglied der UN und beteiligte sich an zahlreichen Friedensmissionen.

Seit den 1920er Jahren gab es immer wieder Pläne, auch formell die Verfassung „heimzuholen“. Das Recht dazu wurde vom Westminster-Statut 1931 bekräftigt, aber in Kanada selbst war eine Einigkeit über eine neue kanadische Verfassung nicht herzustellen, obwohl seit 1949 die britische Nordamerika-Akte in innenpolitischer Hinsicht eine rein kanadische Angelegenheit geworden war und der oberste Gerichtshof Kanadas das letzte Wort in Verfassungsangelegenheiten erhalten hatte.

Das Ahornblatt statt des *Union Jack* ist seit 1965 die offizielle Flagge, *O Canada* seit 1980 Nationalhymne. Aber erst 1982 wurde das Parlament von Westminster restlos entmachtet, was die kanadische Verfassung angeht. Erst allmählich wurden in der Folgezeit weitere britische Symbole durch kanadische ersetzt, z. B. auf Briefmarken und Geldscheinen.

Auf die Reste kolonialer Abhängigkeit, auch nach der „Repatriierung“ der Verfassung, weist man gerade in Québec, wo der Republikanismus stärker ausgeprägt ist als anderswo, immer wieder spöttisch hin: Obwohl repräsentative Demokratie, ist Kanada von der Staatsform her eine konstitutionelle Monarchie; das Staatsoberhaupt ist weiterhin Elisabeth II., vertreten durch die Generalgouverneurin und der kanadische Premierminister ist formal „nur“ Regierungschef, um die wichtigsten Elemente zu nennen, durch die Kanada weiter auch konstitutionell mit dem ehemaligen Mutterland verbunden bleibt: „Voilà qui est fait. La constitution est rapatriée, la reine reste chef d’Etat canadien“⁵

Für andere Kommentatoren bestand hingegen nicht unbedingt dringender Handlungsbedarf, um per Verfassungsrepatriierung mehr Unabhängigkeit gegenüber der britischen Krone durchzusetzen: „Canada was not suffering from constitutional paralysis“. Im Gegenteil, Kanada sei dabei in der Pose einer bittstellenden Kolonie aufgetreten, statt als selbstbewusste Nation:

The procedure used entailed repeating, ‘for one last time’ the same humble request for the Parliament at Westminster to enact these constitutional measures for Canada and to have the Queen sign them into law [...] That was in itself a very conservative and somewhat comical colonial exercise, hardly a new and stirring start into independent nationhood.⁶

5 *Le Devoir* vom 26. März 1982. Mitnichten würden durch die Repatriierung die letzten kolonialen Bindungen zum Mutterland gekappt und Kanada völlig unabhängig; die Königin bleibe schließlich immer noch Staatsoberhaupt.

6 J. M. Bumsted, 1993, *Interpreting Canada’s past. Vol 2: Post-Confederation*, Toronto: Oxford University Press, 687.

Wenn man im eigenen Land keinen Konsens erreiche, suche man den Umweg über London: "This attempted use of an outdated colonial machinery to impose constitutional terms upon an unwilling Canadian community had disturbing parallels with the old paternalistic and heavy-handed practices of the nineteenth century."⁷

Das zweite Element, das international als kanadische Besonderheit lobend herausgestellt und in Kanada insbesondere seitens der liberalen Partei Kanadas als Aushängeschild der neuen Verfassung gefeiert wird, ist die Erklärung umfassender Freiheitsrechte in der „Kanadischen Charta über Rechte und Freiheiten“⁸, die das Kernstück der neuen Verfassung von 1982⁹ ausmacht. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass für das englischsprachige Kanada diese Charta zum Inbegriff der kanadischen Identität geworden ist. In 31 Titeln, die noch durch einen abgetrennten Teil über die Rechte der Ureinwohner ergänzt werden, sind hier Grundrechte der Bürger gegenüber dem Staat detailliert festgeschrieben. Unveräußerlich und nicht durch abweichende Provinzregelungen auszuhebeln ist der Teil der grundlegenden Freiheitsrechte wie z. B. Religions-, Gewissens-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, demokratische Mitwirkungsrechte, Bewegungsfreiheit und Rechtssicherheit. Andere, insbesondere die sprachlichen Rechte, die den Vertretern der jeweiligen Minderheiten in Gebieten, wo das Französische bzw. das Englische minoritär sind, können von Provinzen unter bestimmten Bedingungen umgangen werden.

Besonders in Québec weist man darauf hin, dass die umstrittenen Sprachenrechte, die fast die Hälfte der Charta ausmachen, einen direkten Angriff auf die Sprachgesetzgebung der Provinz zum Schutze des Französischen darstellten.¹⁰ Ohne diese Auseinandersetzung um die Anerkennung des Sonderstatus von Québec sei die ganze Charta auch nie entstanden. Claude Morin, seinerzeit Québecer Minister für Regierungsangelegenheiten im Kabinett Lévesque, also für die Beziehungen zwischen Québec und Ottawa zuständig, erinnert sich: „Une charte ne nous inquiétait pas en principe, on en avait une, mais tout dépendait de ce dont on parlait [...] Trudeau était complètement opposé à la loi 101 et il lui fallait trouver un moyen de la torpiller ce qu'il ne pouvait pas faire directement“.¹¹

7 Ebenda.

8 „Charte canadienne des droits et libertés, Canadian Charter of Rights and Freedoms“, als Anhang B der Verfassung von 1982, ch. 11 (R.-U.), vgl. <<http://lois.justice.gc.ca/fr/charte/index.html>>, 12. Dezember 2009.

9 Offiziell als „Loi constitutionnelle de 1982 / The Constitution Act 1982“ bezeichnet, vgl. <<http://lois.justice.gc.ca/fr/Const/index.html>>, 12. Dezember 2009.

10 „La charte des droits a donc été écrite expressément pour invalider certaines parties de la loi 101“. (Die Charta der Rechte ist also in der Absicht verfasst worden, bestimmte Teile des Gesetzes 101 außer Kraft zu setzen.) Michel C. Auger, „Se reconcilier avec la Charte“, *La Presse* vom 16. April 1981.

11 „Eine Charta störte uns im Prinzip nicht – wir hatten ja selbst eine, aber alles hing davon ab, worum es eigentlich ging [...] Trudeau war absolut gegen das québecer Sprachgesetz 101 und

Und im Übrigen hätten die Québécois der Charta von 1982 auch gar nicht bedurft, denn schließlich habe sich die Provinz bereits 1975 eine erheblich weiter gehende Grundrechte-Charta gegeben.¹² Sie ist tatsächlich noch expliziter und detaillierter, insbesondere in den Anti-Diskriminierungstatbeständen, und bezieht sich über das Verhältnis Bürger-Staat hinaus auch auf die Arbeitswelt, auf Einstellungskriterien oder gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Im Übrigen enthält die québecer Charta keinen Gottesbezug wie die kanadische.¹³

Und möglicherweise wäre die kanadische Charta ohne den Konflikt mit Québec ja auch gar nicht entstanden:

Indeed, the charter was actually drafted in the late 1960s when Quebec separatism was the only serious provincialist threat confronting Ottawa. And it was to the charter that federal leaders returned in the aftermath of the 1980 referendum, offering it to the people of Quebec as a plausible foundation for renewal of the federation, indeed as an alternative outlet for the expression of francophone nationalism. Without this enormous political force behind it, the charter would never have seen the light of day during this century.¹⁴

Auf eine Kritik an der Charta möchte ich nur am Rande verweisen: Sie habe zu einer gewaltigen Verlagerung von Entscheidungen von der politischen Ebene, also den Parlamenten bzw. den verantwortlichen Ministerien, hin zur juristischen Ebene geführt, nämlich den Entscheidungen insbesondere des Obersten Gerichtshofs. Eine solche Verrechtlichung kann in der Tat seit den 1980er Jahren konstatiert werden, aber es spricht manches dafür, dass dies nicht der kanadischen Verfassung anzulasten ist,¹⁵ sondern dass es sich dabei um ein eher weltweites Phänomen handelt, sicher besonders stark in Nordamerika ausgeprägt, aber doch deutlich auch in Europa zu konstatieren.

Letztlich entscheidend für die bis heute andauernde Weigerung Québécois, die Verfassung zu unterschreiben, sind aber nicht die erwähnten Kritiken wegen der nicht vollendeten Unabhängigkeit vom Mutterland oder der Grundrechte-Charta, son-

suchte nach einer Möglichkeit, es auszuhebeln, da er es nicht direkt außer Kraft setzen konnte“. *Le Devoir* vom 7./8. April 2007.

12 Charte des droits et libertés de la personne. <<http://www.canlii.org/qc/legis/loi/c-12/20050513/tout.html>>, 12. Dezember 2009.

13 Dort ist die Herrschaft Gottes erwähnt. Der erste Satz lautet: „Attendu que le Canada est fondé sur des principes qui reconnaissent la suprématie de Dieu et la primauté du droit“ (Kanada gründet sich auf das Prinzip der Anerkennung der Herrschaft Gottes und des Vorrangs des Rechts).

14 Bumsted, op.cit., 695.

15 Vgl. Yves Boisvert, „Trois mythes sur la Charte“: „Nous sommes moins victimes de l'activisme judiciaire que de la lâcheté législative“ (Schuld ist weniger der Aktivismus der Gerichte, sondern vielmehr die Feigheit des Gesetzgebers.), *Le Devoir* vom 17. April 2007.

dern erstens der Eindruck einer negativen Kontinuität im frankokanadischen Geschichtsbild, zweitens die konkreten Umstände, unter denen die Verfassung 1982 repatriiert wurde.

Je me souviens. Von Neufrankreich zum heutigen Québec

Einige Schlüsselereignisse der frankophonen Geschichte seit der Eroberung werden auch im Zusammenhang mit der Repatriierung von 1982 immer wieder zitiert. Sie bilden eine Art Kette im frankokanadischen Kollektivgedächtnis, die mit unterschiedlichen Akzenten zwar, aber auf das Ganze gesehen als eine lange Serie von Niederlagen wahrgenommen wird.¹⁶

Hierzu zählen die Deportation der Akadier Mitte des 18. Jahrhunderts, für die die britische Krone 2003 eine symbolische Verantwortung übernommen hat, die militärische Niederlage 1759 auf den Feldern von Abraham bei Québec, die das Ende Neufrankreichs einleitete,¹⁷ das in einer blutigen Niederlage erstickte Aufbegehren der Patrioten von 1837-38, das zudem in eine Assimilierungspolitik und die Zusammenlegung der beiden Kanadas mündete, die Erhängung von Louis Riel, dem Gründer von Manitoba und Vorkämpfer der Rechte der Métis, der von den Frankophonen als Volksheld und unschuldig Opfer anglophoner Justizwillkür verehrt wird.

Als Situation einer quasi-kolonialen Unterdrückung erschien schließlich die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der die englischsprachige Minderheit die herrschende Klasse der Provinz Québec darstellte¹⁸ und das Erscheinungsbild von Montréal

16 Ein dialektisches Interpretationsangebot zur Québecer Geschichte aus frankophoner Sicht bietet die Einleitung von Ingo Kolboom: „Le Québec : lignes de force et enjeux majeurs“, in: ders. et al. (Hg.), 1998, *Le Québec: Société et Cultures. Les enjeux d'une francophonie lointaine*, Dresden: Dresden University Press, 13-26; in deutscher Kurzfassung: Ingo Kolboom, 1996, „Von der Kolonie zur Autonomie: Québec zwischen Dominanz und Integration“, in: *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, 4, 280-285. Vgl. auch Fußnote 85.

17 Die Auseinandersetzung um die Art und Weise, wie der 250. Jahrestag der Schlacht im Sommer 2009 begangen werden sollte, war Anlass zu einer monatelangen ausführlichen Kontroverse. Sieg für die einen, Niederlage für die anderen, ist diese Schlacht Gegenstand gegensätzlicher Darstellungen im Geschichtsunterricht: „Dans les livres d'histoire francophones du Québec, on parle généralement de la bataille des plaines d'Abraham comme de la ‚conquête‘ ou encore de la ‚défaite‘. Dans le reste du pays, on parle plutôt de la victoire.“ (In den französischsprachigen Geschichtsbüchern in Québec spricht man von der Schlacht auf den Feldern von Abraham als von der ‚Eroberung‘ oder der ‚Niederlage‘. Im Rest des Landes spricht man eher von einem ‚Sieg‘.) Hélène Buzzetti in *Le Devoir* vom 16/17. Januar 2009.

18 Eine königliche Enquête-Kommission zur Arbeitswelt stellt 1969 fest, dass der Verdienst englischsprachiger männlicher Arbeitskräfte in Kanada im Schnitt knapp mehr als 50% über dem der Québecer insgesamt lag, wobei 80% der Differenz allein auf die Sprache entfiel. Die Bestverdienenden in ganz Kanada waren einsprachig anglophone Männer in Québec, und sogar anglophone Ukrainer verdienten in Québec mehr als die einheimischen Frankophonen. Vgl. John F Conway, 1992, *Debts to pay. English Canada and Quebec from the conquest to the referendum*, Toronto: James Lorimer, 73-4.

bestimmte, wo die Frankophonen sich als die „weißen Neger“ Amerikas fühlten,¹⁹ die *Grande Noirceur* unter dem klerikal-konservativen Regime Duplessis, eine Zeit, als der öffentliche Dienst, Schul- und Gesundheitswesen in den Händen der katholischen Kirche lagen und Staat und Politik weitgehend klerikal dominiert waren.

Als positiver Bruch in dieser „Unterdrückungsgeschichte“ wird die „Stille Revolution“ wahrgenommen, die Anfang der 1960er Jahre für radikale Veränderungen sorgte, nachdem es in der Gesellschaft bereits seit einigen Jahrzehnten Ansätze des Aufbegehrens gegeben hatte: die Liberalen gewannen die Wahlen und bauten einen modernen Staat auf; eine selbstbewusste neue frankophone Generation drängte an die Verantwortung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, stellte die Privilegien sowohl der Kirche wie der anglophonen Oberschicht in Frage, und beanspruchte „Herrn im eigenen Haus“ („*maîtres chez nous*“) sein zu wollen.

Als eines der wesentlichen Felder des Aufbegehrens der Mehrheit erwies sich dabei die Verteidigung und Aufwertung der französischen Sprache im öffentlichen Leben, in den Betrieben und in der Schule. Französisch wurde offizielle Amtssprache der Provinz und mit dem Regierungsantritt des *Parti québécois* 1976 beschritt man eine voluntaristische Sprachpolitik, die in Dauerkonflikte mit Ottawa münden sollte.²⁰ Diese wiederum spitzten sich schließlich auf die Frage nach dem Platz Québecs in der Föderation zu.

Québec forderte nun weitgehende Autonomie in den Bereichen Sprachpolitik und Einwanderung und das Recht, aus nationalen Programmen hinsichtlich von Wirtschafts- und Sozialpolitik auszuscheren, ja beanspruchte schließlich sogar eine eigene internationale Rolle; kurz: basierend auf der Vorstellung, eine von zwei europäischen Gründernationen Kanadas darzustellen, einen verfassungsmäßig verbrieften Status als *société distincte*, als „eigenständige Gesellschaft“.

„Un Québec autonome dans un Canada fort et uni“?²¹

Das Tauziehen um die Föderation

Eine paritätisch besetzte Kommission zum Bilingualismus und Bikulturalismus hatte bereits in den 1960er Jahren auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Québec-Frage zu lösen, da in ihr Sprengstoff für den Fortbestand der kanadischen Föderation stecke. 1965 heißt es im Fazit:

19 „Les nègres blancs de l'Amérique“, vgl. Yves Frenette, 1998, *Brève histoire des Canadiens français*, Montréal: Boréal, 162.

20 Vgl. José Woehrling, 1996, „Le droit et la législation comme moyens d'intervention sur le français: les politiques linguistiques du Québec, des autorités fédérales et des provinces anglophones“, in: *De la polyphonie à la symphonie. Méthodes, théories et faits de la recherche pluridisciplinaire sur le français au Canada*. Ouvrage collectif sous la direction de Jürgen Erfurt, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 210-232; Robert Bothwell, 1995, „The politics of language 1969-77“, in: ders., *Canada and Québec: one country, two histories*, Vancouver: UBC Presse, 138-268.

21 „Ein autonomes Québec in einem starken und einigen Kanada“ – Anspielung auf das Bonmot des Kabarettisten Yvon Deschamps, mit dem dieser die politische Unentschiedenheit der Québecer auf den Punkt brachte, und das seither zum geflügelten Wort geworden ist.

Ce qui est en jeu, c'est l'existence même du Canada. Quel genre de pays sera-t-il? Va-t-il survivre? [...] Aujourd'hui le Québec, si nous en croyons les opinions si souvent répétées devant nous, se regarderait lui-même comme une société presque autonome et s'attendrait à être reconnu comme telle. Cette idée se rattache à un espoir traditionnel au Canada français: celui d'être l'égal, comme partenaire, du Canada anglais. Si l'on estime que cette idée est irréalisable parce qu'on ne peut concevoir une telle égalité ou qu'on ne peut l'accepter, nous croyons que de la déception naîtra l'irréparable. Une importante fraction du Québec francophone est déjà tentée de faire cavalier seul.²²

Eine Reihe von Vorschlägen zur Reform der föderalen Struktur, immer auch schon verbunden mit der Absicht einer weiteren Loslösung von London, wurden zwischen 1960 und 1978 erwogen und wieder fallen gelassen. Schließlich kündigte Trudeau 1976 einen Alleingang an, was in Québec Empörung auslöste und zu einer Stärkung des souveränistischen *Parti québécois* führte, der nun in die Regierung der Provinz gewählt wurde. Noch 1979 gab es mit den 75 Vorschlägen der Kommission Pépin-Robarts für einen „asymmetrischen Föderalismus“ einen letzten Einigungsversuch, der aber von Trudeau abgelehnt wurde und ebenso scheiterte wie sein Vorgänger. 1980 sah dann die Québecer Regierung den Ausweg in einer Quasi-Unabhängigkeit Québecs, der sog. *souveraineté-association* und organisierte ein Referendum, um dafür die Zustimmung der Bürger einzuholen. Nachdem Ottawa einen positiven Ausgang lange für nicht möglich gehalten hatte, sich aber nach und nach die Anzeichen dafür mehrten, zog Ministerpräsident Trudeau im letzten Augenblick die Notbremse. Am Vorabend des Urnengangs appellierte er an die Québecer, für einen Verbleib in der Föderation zu stimmen und versprach im Gegenzug eine tief greifende Verfassungsreform.²³ Mit 59,56% gegen 40,44% ließen sich die Québecer am

22 „Was auf dem Spiel steht, ist nicht weniger als die Einheit Kanadas. Was für ein Land wird es sein? Wird es überleben? [...] Wenn wir den Meinungen Glauben schenken, die oft vor uns ausgesprochen wurden, so betrachtet sich Québec als eine schon fast eigenständige Gesellschaft und möchte als solche anerkannt werden. Darin drückt sich eine Hoffnung aus, die das französische Kanada schon immer hegte: gleichberechtigter Partner des englischen Kanada zu sein. Wenn man nun der Auffassung ist, dass diese Vorstellung nicht verwirklicht werden kann, weil man eine solche Gleichberechtigung nicht einsieht oder nicht akzeptiert, so glauben wir, könnte die Enttäuschung irreparable Konsequenzen nach sich ziehen. Schon jetzt ist ein erheblicher Teil des frankophonen Québec entschlossen, sich selbständig zu machen.“ Art. 131 des Berichts der „Commission royale d'enquête sur le bilinguisme et le biculturalisme“, *Rapport préliminaire*, Ottawa, 1er février 1965, New York : Ann Arbor Press, 1978.

23 Trudeaus berühmte Formulierung lautete : „Un NON à la souveraineté, c'est un OUI au renouvellement du fédéralisme“, zitiert nach: Jocelyn Létourneau, 2006, *Que veulent vraiment les Québécois*, Montréal: Boréal, 91.

nächsten Tag auf diesen Weg ein und stimmten gegen den Weg in die Unabhängigkeit.

Und tatsächlich erfolgte eine Verfassungsreform, aber doch ganz anders, als sie es sich vorgestellt hatten: eben eine einseitige Repatriierung der Verfassung,²⁴ unter Ausschluss und gegen den ausdrücklichen Willen Québecs, die in der Provinz nicht nur von den regierenden Souveränisten, sondern weit darüber hinaus in den anderen politischen Lagern als Demütigung empfunden wurde. Wir kommen im nächsten Abschnitt genauer darauf zurück, denn nicht nur die Ergebnisse selbst, sondern fast noch mehr die Art und Weise ihres Zustandekommens sind für die Wahrnehmung der Verfassungsreform in Québec entscheidend – auch noch nach einem Vierteljahrhundert.

Das Verhältnis zwischen der Provinz und der kanadischen Föderation war 1982 jedenfalls auf einem Tiefpunkt angelangt. Erst ein Wechsel der Personen ermöglichte eine Rückkehr an den Verhandlungstisch und es gelang tatsächlich ein Kompromiss, der die Zustimmung Québecs zur Verfassung in greifbare Nähe rückte: das Abkommen von Lac Meech von 1987. Die Parlamente von Québec und Ottawa ratifizierten das Abkommen sofort – die anderen Provinzen folgten in den drei Jahren danach – aber in den Parlamenten von Manitoba und Neufundland fiel das Projekt knapp durch und war damit gescheitert, denn es bedurfte der Zustimmung aller Provinzen ohne Ausnahme.

Die Fronten verhärteten sich damit auf beiden Seiten. Es gab noch einen weiteren Versuch: das Abkommen von Charlottetown 1991, das sich aber als wenig tragfähig erwies, so dass es in einem Kanada-weiten Referendum 1992 durchfiel. Bei einer recht hohen Wahlbeteiligung von 75% in ganz Kanada (83% in Québec) stimmten 55% der Kanadier und 57% der Québecer dagegen, wenn auch aus völlig entgegen gesetzten Gründen: den einen ging es zu weit, den anderen nicht weit genug.

Die Hoffnungen, den Verfassungskonflikt auf dem Verhandlungswege zu lösen, erschienen damit ausgereizt, und Quebec wählte nun massiv souveränistische Vertreter ins Parlament: ins Unterhaus in Ottawa, wo der 1990 gegründete *Bloc québécois* die größte Oppositionspartei wurde, wie auch in der Provinz, wo der *Parti québécois* erneut die Regierung übernahm und 1995 ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit organisierte. Bei einer Rekordwahlbeteiligung von 93% ging dieses schließlich denkbar knapp aus: 49,42% stimmten für, 50,58% gegen die Unabhängigkeit. Der Verbleib in der kanadischen Föderation wurde damit nur um Haaresbreite gerettet, genau gesagt mit einem Vorsprung von 1,16% Stimmen, d. h. exakt 54 288 fehlten den Souveränisten für den Weg in die Québecer Autonomie, ein Ergebnis, das keinen Gewinner hervorbrachte und kein Problem löste.²⁵

24 Jocelyn Létourneau nennt die Aktion Trudeau ein „forcing constitutionnel“, einen Gewaltakt, der der Verfassung angetan wurde; Létourneau, 2000, *Passer à l'avenir: histoire, mémoire, identité dans le Québec d'aujourd'hui*, Montréal: Boréal, 163.

25 Vgl. auch Ingo Kolboom, 1998, „Révolution tranquille ou tranquille résignation? Réflexions sur la ‚double ouverture‘ de l'identité québécoise“, in: ders. et al. (Hg.), *Le Québec: Société et Cultures*.

In der Provinz, die sich inzwischen im Alltag in aller Gelassenheit als ein „Land“ bezeichnet, ist die Frage der Unabhängigkeit heute alles andere als Vergangenheit. Was sich geändert hat, sind der Tonfall und das Selbstverständnis der Québecer: es ist deutlich zivilgesellschaftlicher geworden und auch junge Einwanderer sprechen sich inzwischen in sehr viel größeren Proportionen für ein unabhängiges Québec aus.²⁶ Einer Umfrage von „Génération Québec“ zufolge sind demnach 40% der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund für die Loslösung Québecs.²⁷ Die Diskussionen um das verlorene Referendum von 1995 sind ein Jahrzehnt später durchaus nicht abgeebbt, ja manche sind der Auffassung, dass es nicht mit rechten Dingen zugegangen sei und die Regierung in Ottawa unrechtmäßige Mittel angewandt habe, um die Einigkeit Kanadas zu retten.²⁸ Einbürgerungen seien offensichtlich wenige Wochen vor dem Referendum erheblich beschleunigt worden: waren es in den 1988-1998 pro Jahr im Schnitt ca. 20.000 neue Kanadier, die in der Provinz Québec eingebürgert wurden und Wahlrecht erhielten, so waren es allein im Oktober 1995, also direkt vor dem Referendum, fast 12.000.²⁹ Unterstellt man die übliche Wahlbeteiligung und den für Neu-Kanadier durchschnittlichen Prozentsatz von 86% Stimmen gegen die Unabhängigkeit Québecs, wären hier allein durch diese Beschleunigung der Verfahren über 30.000 zusätzliche Befürworter des Verbleibs in der kanadischen Föderation produziert worden. Ein spezieller Aufruf Ottawas hatte 12.000 wahlberechtigte Personen mit Wohnsitz außerhalb Québecs an die Urnen des Referendums gerufen, während dieser Personenkreis bei durchschnittlichen Wahlen zuvor Wahlen ca. 2.000 Personen umfasste.³⁰ Laut einem Bericht des Qué-

Les enjeux d'une francophonie lointaine, Dresden: Dresden University Press, 69-89; und Udo Kempf, 1998, „Le référendum du 30 octobre 1995 au Québec. Résultats et perspectives“, in: Ingo Kolboom et al. (Hg.), *Le Québec: Société et Cultures. Les enjeux d'une francophonie lointaine*, Dresden: Dresden University Press, 45-67; sowie: Robert A. Young, 1999, *The struggle for Quebec: From Referendum to Referendum?*, Montréal: Mc Gill-Queen's University Press; Roch Denis, 1990, *Québec: dix ans de crise constitutionnelle*, Outremont, Québec: vlb éditeur; Robert Bernier, Vincent Lemieux, Maurice Picard, 1997, *Un combat inachevé*, Laval Presse de l'Université du Québec; Guy Lachapelle, Pierre P. Tremblay, John E. Trent, 1995, *L'impact référendaire*, Sainte-Foy: Presses de l'université du Québec; sowie den Dokumentarfilm *Point de rupture* von Mario Cardinal und sein gleichnamiges Buch *Point de rupture, Québec-Canada: le référendum de 1995. Essai-reportage*, Éditions Bayard Canada et Société Radio-Canada, Montréal, 2005. Beide Optionen hätten sich bei den Québecern eine Abfuhr geholt, befindet Jocelyn Létourneau, sie wollten: „ni québécoisisation ni canadiennisation de leur destin“ (weder Québecisierung noch Kanadianisierung ihrer Zukunft), Jocelyn Létourneau, 2006, *Que veulent vraiment les Québécois*, Montréal: Boréal, 92.

26 Vgl. Julie Auger, 2005, „Un bastion francophone en Amérique du Nord: le Québec“, in: Albert Valdmann / Julie Auger / Deborah Piston-Hatlen (Hg.), *Le français en Amérique du Nord. Etat présent*, Montréal: Presses de l'Université Laval, 50. (<<http://www.generationquebec.org/>>, 12. Dezember 2009).

27 Vgl. <<http://www.generationquebec.org/>>, 12. Dezember 2009.

28 Robin Philpot, 2005, *Le référendum volé*, Montréal: Editions des intouchables.

29 Jean-François Lisée, 2000, *Sortie de secours*, Montréal: Boréal, 296.

30 Robin Philpot, op.cit. 81-82.

becer Wahlleiters hätten sich 56.000 nicht stimmberechtigte Personen beteiligt.³¹ Und beide Seiten werden noch heute nicht müde, sich gegenseitig Manipulationen der Abstimmung vorzuwerfen. Vorwürfe auf Wahlfälschungen wurden auch vor Gericht verhandelt und Ende 2005 führte ein parlamentarischer Untersuchungsbericht über Finanzskandale im Zusammenhang mit Wahlkampfunterstützung zum Sturz der liberalen Regierung. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission brachte zu Tage, dass von den 332 Mio. Can\$, die von der Föderalregierung zur Unterstützung der Ablehnung des Referendums aus Steuergeldern aufgewandt worden waren, etwa 150 Mio. über Werbefirmen in teils dunkle Kanäle und illegal z. B. in Parteikassen geflossen waren.³² Diese Affäre führte Ende 2005 zum Sturz der Regierung des Liberalen Paul Martin.

Aber sie änderte natürlich nichts an den einmal geschaffenen politischen Fakten. Der ehemalige kanadische Premierminister Jean Chrétien und Paul Martin, der zu jener Zeit sein Finanzminister war, beteuern, von den illegalen Machenschaften nichts gewusst zu haben. Chrétien steht aber auch im Nachhinein dazu, dass es rechtens gewesen sei, Mittel in dieser Größenordnung für den Zweck, nämlich die Einheit Kanadas, aufzuwenden.³³

Seither gibt es immer wieder Stürme im Wasserglas um die Anerkennung Québecs als eigenständiger Gesellschaft oder, wie 2006 seitens des konservativen kanadischen Premiers Stephen Harper, als „Nation“ innerhalb Kanadas.³⁴ Die Zustimmung der frankophonen Québecer zu dieser Formulierung ist ebenso deutlich wie die Ablehnung durch die Kanadier außerhalb Québecs: jeweils zu drei Vierteln. Aber jenseits solcher Symbolik ist für alle Regierungen Québecs, unabhängig von ihrer politischen Couleur, allein maßgeblich, ob dies mit realen Rechten für die Provinz verbunden ist. Falls nicht, unterschreibt Québec auch weiterhin die Verfassung nicht.

31 Jocelyn Létourneau, op. cit., 103.

32 Commission d'enquête Gomery, Commission of Inquiry into the Sponsorship Program and Advertising Activities (Gomery Commission). <http://epe.lac-bac.gc.ca/100/206/301/pco-bcp/commissions/sponsorship-ef/05-04-29/www.gomery.ca/en/default.htm>, 12. Dezember 2009.

33 Vgl. <<http://www.radio-canada.ca/nouvelles/special/nouvelles/commandites/200504/14/004-commissionGomery.shtml>>, 12. Dezember 2009.

34 Stephen Harper schlug dem Parlament in Ottawa vor, Québec als „Nation“ anzuerkennen, und formulierte, in Abwandlung des berühmten Bonmots des Kabarettisten Yvon Deschamps (vgl. Fußnote 21): „La motion: que cette Chambre reconnaisse que les Québécois forment une nation au sein d'un Canada uni“ (Antrag: das hohe Haus möge anerkennen, dass die Quebecer eine Nation innerhalb eines geeinten Kanada bilden) und in der Begründung führte er aus: „La question est simple: est-ce que les Québécois forment une nation au sein d'un Canada uni? La réponse est oui. Est-ce que les Québécois forment une nation indépendante du Canada? La réponse est non, et elle sera toujours non“. (Die Frage ist simpel: Bilden die Québecer eine Nation innerhalb eines geeinten Kanada? Die Antwort ist ja. Bilden die Québecer eine von Kanada unabhängige Nation? Die Antwort ist nein und wird immer nein sein.), *Le Devoir* vom 24. November 2006.

Un Canada autonome, mais plus que jamais divisé. Die Repatriierung 1981/82

Richten wir nun einen genaueren Blick auf die Ereignisse der Repatriierung aus Québecer Sicht anhand der Presseberichterstattung, die die Ereignisse von 1981 und 1982 begleitete, im Wesentlichen die der maßgeblichen Tageszeitungen: des pro-souveränistischen *Le Devoir*, der eher den Liberalen nahe stehenden *La Presse* und der lokalen Zeitung der Stadt Québec *Le Soleil*.

Der kanadische Premierminister Trudeau hatte 1980 ja am Vorabend des Unabhängigkeitsreferendums zunächst eine tief greifende Verfassungsreform versprochen und damit die Québecer mehrheitlich vom Verbleib in der Föderation überzeugt. Nun kündigte er jedoch, diesen Erwartungen zum Trotz, eine einseitige Repatriierung der Verfassung aus London auf dem Wege einer parlamentarischen Mehrheit in Ottawa und unter Umgehung der Zustimmung der Provinzen an.

Daraufhin schlossen sich acht von zehn Provinzen im April 1981 zusammen, um zu verhindern, was sie als Entmachtung und Eingriff in ihre föderativ verbrieften Rechte ansahen. Sie einigten sich in Vancouver auf einen Revisionsartikel, bei dem Québec auf sein traditionelles Vetorecht verzichtete, zugunsten der Möglichkeit, gegen Finanzausgleich aus Programmen der Zentralregierung auszusteigen, ein Verzicht, der sich noch als folgenreich erweisen sollte.

Vier Provinzen riefen überdies das Oberste Gericht an, um klären zu lassen, ob das Vorgehen Trudeaus rechtens sei – dieses befand, die einseitige Repatriierung durch die Föderalregierung verstoße zwar gegen kein Gesetz, sei aber nicht verfassungskonform.³⁵ Die acht Provinzen sahen sich in ihrer Auffassung bestätigt – dem stimmte auch der Chef der Liberalen in Québec, Claude Ryan, zu, der allerdings bedenklich fand, dass der Québecer Premierminister René Lévesque bereits das Vetorecht der Provinz zugunsten der Achtergruppe geopfert hatte.

Angesichts des Urteils und der Opposition der acht Provinzen nahm Trudeau nun doch wieder Verhandlungen mit den Provinzen über die Verfassungsreform auf, lehnte aber zunächst das Ansinnen Québecs ab, diese Reform einer Volksabstimmung zu unterwerfen.³⁶

Am 5. November machte die Presse mit einem überraschenden Coup auf: Trudeau wollte nun doch binnen zweier Jahre – falls keine Einigung auf anderem Weg zustande komme – eine Volksabstimmung abhalten, wobei jede von vier folgenden Groß-Regionen mehrheitlich zustimmen müsse: Ontario, Québec, die Westprovinzen und die maritimen Provinzen. De facto hätte das ein Vetorecht für die beiden größten Provinzen Ontario und Québec bedeutet – sie hätten damit gleichzeitig

35 Vgl. *Renvoi: Résolution pour modifier la Constitution*, [1981] 1 R.C.S. 753 vom 28. September 1981. Dort wird ein erhebliches Maß an Zustimmung der Provinzen verlangt („un degré appréciable de consentement provincial“), was einen Alleingang der Regierung ausschließt.

36 „Vous devez aller devant le peuple avant d’aller à Londres.“ (Bevor Sie sich an London wenden, wenden Sie sich doch an das Volk.), fordert René Lévesque von Pierre-Elliott Trudeau, vgl. *La Presse* vom 3. November 1981.

aber auch einzeln mehr Gewicht erhalten als jeweils die bevölkerungsärmeren Provinzen.³⁷

Der québecer Delegation erschien der Vorschlag sehr attraktiv, auch Claude Ryan,³⁸ der liberale Gegenspieler des québecer Premiers René Lévesque, war angetan. Dass das, was als überraschende Achse Lévesque-Trudeau bezeichnet wird, nur eine Finte war und nicht mehr als einen Nachmittag dauern sollte, sollte sich aber bereits am nächsten Tag zeigen, der wieder für Schlagzeilen gut war.

Trudeau rechnete damit, dass sein Vorschlag die Achtergruppe sprengen würde und dies stellte sich auch als der Zweck des Manövers heraus. Während er Lévesque zum Bruch mit seinen sieben Verbündeten lockte, der damit die Schuld am Scheitern des Achter-Bündnisses auf sich nahm, hatte bereits sein Justizminister Jean Chrétien mit den beiden Premierministern von Ontario und Neubraunschweig verhandelt, die dem Achterbündnis nicht angehörten, um die Grundlagen für einen ganz anderen Kompromiss zu sondieren. Dann folgte eine lange Nachtsitzung, über die man Québec nicht informiert hatte, und am Morgen war die Sache perfekt: die zehn Provinzen hatten sich geeinigt und Québec stand allein da.³⁹

Die Reaktion von René Lévesque lautete, nun sei es an den Québecern, ihre Schlüsse zu ziehen. Das Geschehene werde unberechenbare Konsequenzen für die Zukunft der Provinz und Kanadas haben.⁴⁰ Claude Ryan stellte sich zwar hinter Trudeau, ließ aber offen, ob er an Lévesques Stelle zugestimmt hätte. Die Abgeordneten des PQ riefen Verrat,⁴¹ die Föderation der Frankophonen außerhalb Québecs sah ihre Hoffnungen auf größeren Schutz ihrer Minderheitenrechte, v.a. beim Schulbesuch, bitter enttäuscht: keine einzige zusätzliche Schule müsse eingerichtet wer-

37 „Coup de théâtre de Trudeau: le Front des Huit s'effondre“ (Überraschungscoup von Trudeau: die Front der acht Provinzen zerbricht.), *Le Devoir* vom 5. November 1981 (Titelseite) „La délégation québécoise jubilait et, au risque de déplaire à ses partenaires du Front commun, n'hésitait pas à monter dans le train proposé par Ottawa“. (Die Québecer Delegation jubelte und stieg, ohne Zögern und ohne Rücksicht auf den Ärger der Partner den gemeinsame Front, auf den von Ottawa bereit gestellten Zug auf.), ebenda.

38 „Un compromis excellent (Ryan)“ (ein hervorragender Kompromiss), ebenda.

39 „Neuf provinces se rallient; Lévesque se retrouve seul“ (Neun Provinzen verbünden sich; Lévesque steht allein da.), *Le Devoir* vom 6. November 1981.

40 „C'est triste pour le Canada et triste pour le Québec [...] Nous prendrons tous les moyens qu'il nous reste pour résister à la mise en œuvre de l'entente. Jamais nous ne capitulerons. [...] Il appartient maintenant au peuple québécois de tirer ses conclusions. Ce qui vient de se passer aura des conséquences incalculables pour l'avenir du Québec et du Canada.“ (Das ist traurig für Kanada und traurig für Québec [...] Wir werden mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Widerstand gegen die Verwirklichung dieses Abkommens leisten. Wir werden nicht kapitulieren. [...] Jetzt muss das Québecer Volk selbst seine Schlüsse ziehen. Das Geschehene wird unberechenbare Konsequenzen für die Zukunft der Provinz und Kanadas haben), ebenda.

41 „Les députés du PQ crient à la trahison“, ebenda.

den.⁴² Die Ureinwohner waren schockiert und bezeichneten Kanada öffentlich als „rassistischen Staat“.⁴³

Le Devoir gab den empörten Stimmen breiten Raum, aber auch die eher proföderalistische *Presse* prangerte die „Nacht-und-Nebel-Aktion“ an.⁴⁴ Lévesque wurde mit seiner Enttäuschung zitiert, übergangen und hereingelegt worden zu sein.⁴⁵ Zum ersten Mal in der Geschichte der Provinz wurde die Eröffnung der parlamentarischen Sitzungsperiode in Québec verschoben.⁴⁶ Die Parlamentarier hatten aus dem Radio über die Geschehnisse der „Nacht der langen Messer“ in Ottawa erfahren.

Die drei wesentlichen inhaltlichen Aspekte waren, dass die Entscheidung zur Nicht-Teilnahme an einem Programm der Föderalregierung (*Opting-Out*) nun keinen finanziellen Ausgleich mehr vorsah – dafür das Vetorecht herzugeben war ein sehr schlechter Tausch. Zum zweiten bedeuteten die Bestimmungen zur Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit einen Zuwachs an Zentralismus gegenüber den Provinzen und schließlich sah sich Québec durch die Formulierungen des Artikels 23 (Recht auf Unterricht in der Sprache der Minderheit) durch ein Junktim zwischen den Rechten der frankophonen Minderheiten außerhalb Quebecs und der Sprachpolitik der Provinz Québec in seiner kulturellen Autonomie auf diesem Feld eingeschränkt und erpresst.⁴⁷

42 „L'article 23 ne donnera pas une seule école française de plus au Canada anglais“ (Der Artikel 23 wird im englischsprachigen Teil Kanadas nicht eine einzige zusätzliche französischsprachige Schule schaffen.), *Le Devoir* vom 6. November 1981. „La Fédération des francophones hors Québec (FFHQ) estime que la Charte des droits linguistiques acceptée par le gouvernement fédéral et les provinces à majorité anglophones est nettement insuffisante pour garantir les droits linguistiques individuels et collectifs des francophones hors Québec“. (Der Verband der Frankophonen außerhalb Québecs ist der Auffassung, dass die von der Föderalregierung und den anglophonen Provinzen akzeptierte Sprachgesetzgebung in der Charta völlig unzureichend ist, um den Frankophonen außerhalb Québecs ihre individuellen und sprachlichen Rechte zu gewährleisten.), ebenda. „Il est désormais absolument clair que l'avenir des minorités linguistiques hors Québec dépend du bon vouloir de M. Lévesque“ (Von nun an ist völlig klar, dass die Zukunft der sprachlichen Minderheiten außerhalb Québecs nur vom guten Willen des Herrn Lévesque abhängen), *La Presse* vom 6. November 1981.

43 „Dégoût chez les autochtones [...] Encore abasourdi par la nouvelle, l'un d'eux a qualifié le Canada d'Etat raciste“ (Abscheu bei den Autochtonen. Von der Nachricht völlig überrumpelt, nennt einer ihrer Vertreter Kanada einen rassistischen Staat), *La Presse* und in etwa gleichlautend in *Le Devoir* vom 6. November 1981.

44 „Tout a été concocté pendant la nuit, à l'insu du Québec“ (Alles war über Nacht zusammengebraut worden, hinter dem Rücken Québecs), *La Presse* vom 6. November 1981.

45 „Une tradition du régime fédéral, selon Lévesque: La Dualité canadienne ignorée.“ (Die fehlende Anerkennung der kanadischen Dualität hat bei der Föderalregierung Tradition, so Lévesque.), *La Presse* vom 6. November 1981.

46 „Une première dans l'histoire politique du Québec“ (Erstmals in der politischen Geschichte Québecs), *La Presse* vom 6. November 1981.

47 „Les trois aspects de l'entente que Québec juge 'inacceptables'“ (Die drei Aspekte, die für Québec 'unannehmbar' sind), *La Presse* vom 6. November 1981.

Dass solche Befürchtungen nicht ganz haltlos waren, sollte sich 1988 erweisen, als der Oberste Gerichtshof befand, dass die restriktive Sprachgesetzgebung zu Lasten der frankophonen Minderheiten in Saskatchewan und Alberta 1905 – bei deren Beitritt zu kanadischen Föderation – einen Rechtsbruch der Akte über die Northwest-Territorien von 1885 darstellte. Die beiden Provinzen hätten von Rechts wegen zweisprachig bleiben müssen. Da diese Bestimmung aber nicht mehr Bestandteil der „heimgeholten“ Verfassung war, stand es beiden Provinzen offen, sich nunmehr legal als einsprachig englisch zu definieren, was sie unmittelbar darauf taten.⁴⁸

In der Bilanz muss man festhalten, dass Québec diesen Machtpoker auf der ganzen Linie verloren hat. Nicht nur war 20 Jahre nach dem Ruf „*Maîtres chez nous*“ sogar das Vetorecht verloren gegangen, das Québec in der Föderation immer qua Tradition besessen hatte. Der Oberste Gerichtshof sollte später feststellen, dass es de jure nie bestand,⁴⁹ hatte aber am 28. September 1981 die Pläne Trudeaus, die Verfassung notfalls auch ohne die Zustimmung Québecks „heimzuholen“, als möglich, aber nicht im Einklang mit der Verfassung gewertet.⁵⁰ Aber wohl wichtiger als diese verfassungsrechtlichen Details war für die politische Wirkung der „Repatriierung“ der Verfassung auf die Stimmung in Québec die Art und Weise, wie die Reform zustande gekommen war.

Jenseits juristischer Spitzfindigkeiten hinterließ der Politpoker um die Repatriierung in Québec den Eindruck, betrogen und getäuscht worden zu sein, insbesondere bei denjenigen, die ihre Entscheidung für den Verbleib in Kanada auf das Versprechen Trudeaus zu einer Verfassungsreform gegründet hatten, war diese doch entgegen aller Hoffnungen mitnichten dazu genutzt worden, die „eigenständige Gesellschaft“ Québecks anzuerkennen, sondern ganz im Gegenteil, die Provinz deutlich in ihre Schranken zu weisen. Ein Gefühl der Demütigung zieht sich durch die öffentliche politische Meinung der Provinz, gleich welcher Couleur.

In *La Presse* gibt es dann aber auch Kritik am souveränistischen Québécer Premierminister Lévesque. Der Chef der Liberalen, Claude Ryan wiederholt seinen Vorwurf, jener habe leichtfertig auf das historische Vetorecht verzichtet, und er habe ungeschickt verhandelt – vielleicht auch deswegen, weil seine Partei, der *Parti québécois*, ohnehin die Unabhängigkeit wolle und keine Einigung mit Ottawa.⁵¹

Die Kommentatorin Lysiane Gagnon findet, Lévesque hätte ahnen können, dass die Achter-Gruppe keinen Bestand haben würde, nachdem Ottawa und Alberta sich in der Frage der Energiepolitik und des Benzinpreises geeinigt hätten – wie stehe Quebec nun da: ein „begossener Pudel“, der sich habe hereinlegen lassen – viel geschickter wäre es gewesen, selbst Geheimverhandlungen hinter dem Rücken der

48 José Woehrling, op.cit, 228.

49 *Renvoi sur l'opposition du Québec à une résolution pour modifier la Constitution* [1982] 2 R.C.S. 763 vom 12. Juni 1982. Die wesentliche Begründung ist die Gleichberechtigung aller Provinzen.

50 Vgl. Fußnote 34; *Le Devoir* vom 1. Oktober 1981.

51 „Lévesque est responsable de l'affaiblissement du Québec“ (An der Schwächung Québecks ist Lévesque selbst schuld.), *La Presse* vom 6. November 1981.

anderen Provinzen zu führen, die genau dies getan hatten.⁵² Am 10. November 1981 führt sie diese Argumentation noch einen Schritt weiter: vielleicht waren die Vertreter Québecs – immerhin mit die erfahrensten Politiker Kanadas, ja gar nicht wirklich so naiv, anzunehmen, die anglophonen Provinzen würden treu zu Québec halten, wenn erst die Frage mit den Benzinpreisen geregelt sei.⁵³ Dass die sieben Provinzen ihn fallen lassen würden, sei doch abzusehen gewesen – möglicherweise habe sich Lévesque absichtlich hereinlegen lassen? Aber auch sie ist wenig zufrieden mit dem Ergebnis: das Veto-Recht Québecs ist dahin, die Frauenrechte sind bloß fakultativ in der Charta, und nicht einmal mehr Französisch-Klassen für die Minderheiten seien zwingend vorgeschrieben.⁵⁴ Indes beginnt man in der gleichen Zeitung, sich auf den Status quo einzustellen.⁵⁵

Über die „Nacht der langen Messer“ sollte John F. Conway übrigens später schreiben:

The energy-producing premiers, including those with off-shore potentials like British Columbia, Newfoundland and Nova Scotia wanted strong constitutional protection of provincial control of resources and an amending formula that would secure the regions' interests in the future. They also wanted a higher price for oil and gas and a better revenue-sharing deal. The premiers were, in fact, for sale. And Ottawa was in the market for as many premiers as it could buy.⁵⁶

Und zum Resultat des Deals: „There was not a crumb for Quebec. None of Quebecs concerns had been addressed“.⁵⁷

52 „Le dindon de la farce“ (Reingelegt), *La Presse* vom 7. November 1981.

53 „Comment croire que nos porte-parole québécois qui sont parmi les politiciens les plus expérimentés au Canada, aient été assez naïfs pour s'imaginer que les provinces anglaises allaient sacrifier leurs propres intérêts à une alliance avec le Québec [...] une fois réglée la question du pétrole [...]“ (Wie kann man ernsthaft glauben, dass unsere Québecer Vertreter, die zu den erfahrensten Politikern Kanadas gehören, so naiv gewesen sein sollen, zu glauben, die englischsprachigen Provinzen würden ihre eigenen Interessen zugunsten eines Bündnisses mit Québec opfern – als erst einmal die Sache mit dem Ölpreis geregelt war.), *La Presse* vom 10. November 1981.

54 „Une belle partie de poker“ (Ein hübsches Pokerspiel), ebenda.

55 „L'accord des Dix est-il si épouvantable?“ (Ist das Abkommen der Zehn denn wirklich so schrecklich?), *La Presse* vom 7. November 1981.

56 John F. Conway, op.cit. 120.

57 Ebenda, 121. Auch *La Presse* fasst am 6. November 1981 zusammen: „Huit provinces ont cédé un droit de véto qu'elles n'avaient pas et ont consenti à assurer l'instruction dans leur langue à leurs minorités francophones là où le nombre le justifie: Le plus souvent à des minorités réduites à un si petit nombre, trop petit pour justifier quoi que ce soit. Le Québec a perdu un peu de la sécurité qu'il voulait accroître. Et sûrement quelques illusions.“ (Acht Provinzen haben auf ein Vetorecht verzichtet, das sie gar nicht hatten, und den französischsprachigen Minderheiten das Recht auf Unterricht in ihrer Muttersprache eingeräumt, dort, wo ausreichende Schülerzahlen erreicht werden, um dies zu rechtfertigen, es geht aber meistens um inzwischen so klein gewordene Minderheiten, dass die Zahlen nicht ausreichen, um überhaupt irgendetwas einzufor-

Wie auch immer, der Poker war geglückt. Nach der Annahme des Verfassungsentwurfs durch das Londoner Unterhaus riefen die Gewerkschaften Québecs zur „Generalmobilmachung“ auf, und die Fahne auf dem Québecer Parlament wehte auf Halbmast, während das Unterhaus in Ottawa über die neue Verfassung abstimmt.⁵⁸

Zum Vetorecht Québecs setzte Trudeau nach: Québec habe nie ein solches Recht gehabt und nun ja im Vorfeld selbst darauf verzichtet⁵⁹ – er ließ sich darin auch nicht von dem französischen Politikwissenschaftler Maurice Duverger beirren, der ihm riet, Québec dieses Recht wiederzugeben,⁶⁰ zumal der Vertrag, für das Lévesque es geopfert hatte, ja gebrochen worden sei.⁶¹ Lévesque kündigte an, die Frage höchstrichterlich klären zu lassen⁶² – er wird Monate später erfahren, dass das Vetorecht lediglich eine Gewohnheit, aber kein verbrieftes Recht gewesen sei.⁶³

Marcel Adam, der Kommentator der *Presse* während des gesamten Verlaufs und durchaus Lévesque-kritisch, bedauerte besonders die mangelnde generelle demokratische Legitimation, berief sich dabei auf Gutachten der Professoren Rémillard und Geraets und befand, es hätte Ottawa gut angestanden, das kanadische Volk zu fragen: „La légalité est sauve, mais la légitimité démocratique de l'opération est pour le moins douteuse“⁶⁴

Le Devoir sah vor allem die Ureinwohner – für sie wird später, auch auf Betreiben Londons, die Verfassung noch nachgebessert – und die Québecer als Verlierer der Verfassungsreform und äußerte in einem historischen Rückblick, der mit 1763 beginnt, den interessanten Gedanken, als Kolonialisierte sei es schon ein Entgegenkommen, wenn die Nachfahren der frankophonen Siedler mit denen verhandelten, die erst durch der Kolonialherren Gnade ins Land gekommen seien – eigentlich solle man sich direkt an London wenden:

dern. Québec hat von den Garantien, die es verstärken wollte, einige verloren. Und sicher auch einige Illusionen.)

58 Die Gewerkschaftszentralen Québecs erklären markig ihre Bereitschaft zum Widerstand. „Création d'un front national contre le projet Trudeau: Un appel à la mobilisation générale“ (Errichtung einer nationalen Front gegen das Projekt Trudeau: Aufruf zur Generalmobilmachung), *Le Soleil* vom 3. Dezember 1981.

59 „Trudeau à Lévesque: Le Québec n'a pas de droit de veto“ (Trudeau zu Lévesque: Québec hat kein Vetorecht), ebenda.

60 „Il serait grave de baser le rapatriement de la Constitution sur le reniement de la parole donnée au Québec par les sept provinces qui avaient passé contrat avec lui“ (Es wäre schlimm, die Repatriierung der Verfassung auf einem Wortbruch von sieben Provinzen zu gründen, die Québec ihr Versprechen zunächst in einem Abkommen gegeben hatten.), *Le Monde* vom 7. Februar 1982, *Le Devoir* vom 16. Februar 1982.

61 Vgl. *Le Soleil* vom 9. April 1982.

62 „Réplique de Lévesque“ (Lévesque antwortet), *Le Devoir* vom 6. April 1982.

63 Vgl. Fußnote 48.

64 „Die Legalität ist gewahrt, aber die demokratische Legitimität des Vorgehens ist zumindest zweifelhaft.“; „Une réforme pour le peuple faite sans lui“ (Eine Reform fürs Volk, ohne es zu beteiligen), *La Presse* vom 6. Januar 1982.

Nous avons été conquis par des Anglais d'Europe et non pas par des Anglais d'Amérique. Et c'est déjà une concession de taille que de négocier notre avenir avec des créatures de l'Angleterre plutôt qu'avec l'Angleterre elle-même. Un conquis qui se respecte s'adresse directement à son conquérant. C'est Londres qui nous a conquis et non pas Toronto, Edmonton, Winnipeg ou Vancouver qui n'existaient même pas et n'auront jamais eu d'autre légitimité à notre endroit que d'avoir été les instruments de mise en place de la Conquête.⁶⁵

Aber aus London kommt keine Hilfe in letzter Minute. Die noch ausstehende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zum Vetorecht Québecs wird nicht einmal abgewartet und im April reist die Queen zur offiziellen Übergabe nach Kanada. Ein Grund zum Feiern? Nicht für alle, findet *La Presse*.



Nicht etwa der souveränistische *Devoir*, sondern das liberale Blatt veröffentlicht am 13. April 1982, wenige Tage vor dem Jubiläum, die obige Karikatur,⁶⁶ die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Ottawa und die Premiers der englischsprachigen Provinzen werden hier als Vergewaltiger in Szene gesetzt.

65 „Wir sind von europäischen und nicht von amerikanischen Engländern erobert worden. Und es ist schon ein großes Entgegenkommen, wenn wir über unsere Zukunft mit Abkömmlingen Englands statt mit England selbst verhandeln. Ein Eroberer, der auf sich hält, redet direkt mit dem Eroberer. Uns hat London erobert, nicht Toronto, Edmonton, Winnipeg oder Vancouver – die gab es ja noch gar nicht und sie sind uns gegenüber, rechtlich gesehen, bloße Werkzeuge der Umsetzung der Eroberung“, *Le Devoir* vom 6. Januar 1982.

66 *La Presse* vom 13. April 1982.

Québec bleibt den Feiern fern, und zwar nicht nur Lévesque und seine Souveränisten, die nun nur noch in der Unabhängigkeit Québécois einen Ausweg sehen⁶⁷ – sondern auch der Chef der Liberalen, Claude Ryan: er wird sich weder dem Protest anschließen, zu dem der *Parti québécois* aufruft (25.000 Menschen demonstrieren in Montréal), noch mitfeiern. Sein Fernbleiben wie das Lévesques entspreche der Haltung des Québécois Volkes: die Verfassung sei gegen den erklärten Willen Québécois erlassen worden, beschneide die Rechte des Parlaments, und auch der Verlust des Vetorechts sei nicht hinzunehmen.⁶⁸

Le Devoir, das im Übrigen betont, die Québécois Bürger seien auf den Schutz der löchrigen Charta aus Ottawa mitnichten angewiesen, hätten sie doch seit 1975 eine viel weitgehendere in der eigenen Provinz, veröffentlicht an diesem Tag noch die offiziellen Erklärungen von Lévesque, dem nicht zum Feiern zumute ist und der festhält: „On n’a pas le cœur à la fête [...] cette constitution qui n’est pas la nôtre“⁶⁹, und von Claude Ryan, der positive Elemente in der neuen Verfassung konzidiert: die gewachsene Autonomie Kanadas und die Grundrechtscharta, aber keine Zukunft ohne Beteiligung Québécois für vorstellbar hält⁷⁰.

Eine Sonderausgabe von *La Presse* gibt am 17. April 1982 noch einmal den verschiedenen Stimmen Raum: die einen enttäuscht, aber gewillt, es noch einmal und aufs Neue mit Verhandlungen zu versuchen – die anderen entschlossen, sich von Kanada zu trennen. Skepsis überwiegt bei weitem die Anerkennung der positiven Elemente.⁷¹

67 „Pour éviter le ‚naufrage collectif‘, le premier ministre René Lévesque appelle les Québécois à la résistance et les invite à opter pour l’indépendance politique avant qu’il ne soit trop tard“ (Um dem kollektiven Untergang zu entgehen, ruft Premierminister René Lévesque die Québécois zum Widerstand auf und fordert sie auf, für die Unabhängigkeit zu stimmen, bevor es zu spät ist), schreibt *Le Devoir* am 16. April 1982 und zitiert wörtlich aus der Fernsehansprache vom Vorabend: „La preuve est faite qu’à l’intérieur de ce régime fédéral, tel qu’on l’a tricoté contre nous, les dangers pour notre avenir national, pour notre simple sécurité collective, pour notre dignité même, ces dangers ne feront que s’accroître“ (Der Beweis ist erbracht, dass innerhalb dieses Föderalsystems, so wie man es gegen uns gestrickt hat, die Gefahren für unsere Zukunft als Nation, für unsere bloße Sicherheit, ja für unsere Würde, nur weiter zunehmen werden).

68 „Le parti libéral n’est pas dupe“ (Die liberale Partei lässt sich nichts vormachen.), *Le Devoir* vom 17. April 1982.

69 „Uns ist nicht nach Feiern zumute ... diese Verfassung ist die unsere nicht“, ebenda.

70 Ebenda.

71 Robert Decary: „La nouvelle Charte affaiblit le Québec et n’apporte rien de plus aux citoyens“ (Die neue Charta schwächt Québec und bringt den Bürgern keinen Vorteil), Jeanne Séguin: „Les francophones hors Québec face à la constitution“ (Die Frankophonen außerhalb Québécois gegenüber der Verfassung) und Guy Bouthillier: „Le refus du Québec: difficile mais indispensable et prometteur“ (Die Ablehnung durch Québec: schwierig, aber notwendig und viel versprechend); Marcel Adam: „En quoi une réforme qui exclut le Québec sert-elle l’unité du pays?“ (Wie kann eine Verfassungsreform, die Québec ausschließt, gut für die Einheit Kanadas sein?). Lyse Gagnon nennt die Verfassung eine Karikatur und Flickschusterei, die alle Macht den Richtern gebe und den Bürgern entziehe („Une caricature de constitution [...] un document rapiécé qui nous met tous à la merci des juges échappant totalement au contrôle des citoyens“ und konsta-



Das Verhältnis zwischen Québec und der Föderation ist damit auf einem historischen Tiefpunkt. Weitere dramatische sollten folgen, wie bereits ausgeführt, die bislang weder den Verfassungskonflikt einer Lösung näher gebracht, noch die Gefahr eines Ausschierens von Québec aus der Föderation gebannt haben.⁷²

Die obige Karikatur aus *La Presse* fasst die Situation nach der „Repatriierung“ der Verfassung zusammen und kontrastiert sie mit den Trudeau in den Mund gelegten Worten: „Wir stehen nun am Beginn einer neuen Ära der gegenseitigen Solidarität und Verständigung“.

Und ein Vierteljahrhundert später?

Im November 2006 wird in der Presse Québecs an die Nacht der langen Messer erinnert – sie ruft immer noch die Erinnerung an feigen Verrat und Demütigung herauf.⁷³ Aber es herrscht auch Pragmatismus. Am 4. November erscheint in *La*

tiert, dass Kanada so zerstritten sei wie nie. „Un Canada plus divisé que jamais“, alle in: *La Presse* vom 17. April 1982.

- 72 Die Politikerin Solange Chapat-Rolland, die sich seit vielen Jahren für einen Ausgleich zwischen Québec und der Föderation eingesetzt hatte, bilanziert: „Nous aimons nos problèmes et nous entendons les laisser à nos enfants“ (Wir lieben unsere Probleme und geben sie noch unseren Kindern weiter), *La Presse* vom 17. April 1982 und Doris Lussier stellt in ihrem Artikel „Le Canada s’est séparé“ (Kanada hat sich geteilt) fest, dass Trudeau den Québecer Souveränisten keinen besseren Dienst hätte leisten können, fast könne man ihm unterstellen, er habe es darauf angelegt. *La Presse* vom 22. April 1982.
- 73 David Michel „Joyeux anniversaires“: „Aux yeux des souverainistes, la ‚nuit des longs couteaux‘ demeure toujours le symbole de la perfidie du Canada anglais qui, au bout du compte, finit toujours par se retourner contre le Québec.“ (In den Augen der Souveränisten wird die ‚Nacht der langen Messer‘ immer für die Gemeinheit des englischen Kanada stehen, die sich am Ende immer gegen Québec richtet.), *Le Devoir* vom 19. September 2006.

Presse ein Artikel, mit dem Titel: „Sois distinct et tais-toi,“⁷⁴ der auf die Frage eines Lehrers antwortet, die auch von uns hätte gestellt werden können:

Jean Gosselin, un professeur d'histoire particulièrement allumé du collègue Sacré-Cœur de Sheerbroke, aime bien parler aussi d'actualité avec ses élèves, question d'entretenir leur curiosité. Cette semaine, il m'a transmis cette question fondamentale, posée par ses élèves. Y a-t-il des problèmes à ne pas être dans la Constitution de 1982? Qu'est-ce que ça fait concrètement? – En fait, il n'y a pas de problème concret, c'est même un argument des tenants du statu quo: le Québec n'a pas signé la constitution, mais cela n'empêche pas le pays de fonctionner. Comme Stéphane Dion aime le répéter: le Canada est un pays qui fonctionne mieux en pratique qu'en théorie. [...] On entend ici les ados du prof Gosselin: ben alors, c'est quoi, le problème? [...] M. Gosselin, vous pouvez dire à vos élèves que ça ne change rien que le Québec n'ait pas signé la Constitution. Et que rien ne changera non plus.⁷⁵

Und es sah lange so aus, als würde sich auch im nächsten Vierteljahrhundert nichts daran ändern. Bis – immer für eine Überraschung gut – die *Action démocratique du Québec* die Frage neu aufrollte und am 14. April 2007, drei Tage vor dem Jubiläum, vorschlug, „den Irrtum von 1982“ zu bereinigen und gegen Konzessionen aus Ottawa eine Unterschrift Québecs zu verhandeln.⁷⁶ Ein geschickter Schachzug, der die ADQ nichts kostete – sie war nicht an der Regierung –, aber alle anderen in Zugzwang brachte. Für die konservative Regierung Harper hätte eine erfolgreiche Verhandlung mit Québec die ungeahnte Chance geboten, sich gegenüber den Liberalen als die wahren Einiger Kanadas zu profilieren, hätte sie damit doch erreicht, was alle liberalen Regierungen zuvor nicht zustande gebracht hatten: Québec in die Verfassung „heimzuholen.“

74 „Sei eine eigenständige Gesellschaft, aber rede nicht weiter drüber“.

75 „Jean Gosselin, ein besonders heller Geschichtslehrer aus der Sacré-Cœur-Schule in Sheerbroke zieht gern aktuelle Bezüge zu seinem Unterricht, um die Neugier seiner Schüler anzuregen. Diese Woche reichte er mir folgende grundlegende Frage weiter, die seine Schüler ihm gestellt hätten: Führt es zu Problemen, wenn wir der Verfassung von 1982 nicht beitreten? Was bedeutet das konkret? – Es gibt tatsächlich kein konkretes Problem, und damit argumentieren auch die Befürworter des Status quo: Québec hat die Verfassung nicht unterschrieben, aber das Land funktioniert trotzdem. Wie Stéphane Dion so gern sagt: Kanada funktioniert in der Praxis besser als in der Theorie [...] Und jetzt höre ich die Teenies in Gosselins Klasse: ja, aber wo ist dann das Problem? Lieber Herr Gosselin, sagen Sie Ihren Schülern getrost, dass sich nichts dadurch ändert, dass Québec die Verfassung nicht unterschrieben hat. Und daran wird sich auch nichts ändern.“ „Sois distinct et tais-toi“ von Vincent Marissal: *La Presse* vom 4. November 2006.

76 *La Presse* 15. April 2007

Aber solchen Verlockungen stünden auch unübersehbar Gefahren gegenüber, warnte Marc Lalonde, seinerzeit Justiz- und Finanzminister der Regierung Trudeau.⁷⁷ Wie die Jahrzehnte des Tauziehens gezeigt hätten, sei ein Konsens, dem alle Provinzen zustimmen könnten, nicht in Sicht. Auch Jean Chrétien, ehemaliger liberaler Regierungschef, winkte ab: Mit dem Verweis auf Bayern, das dem Grundgesetz formal auch nie zugestimmt habe, hielt er die Unterschrift Québecs für wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich: „Le Québec devrait-il signer la Constitution, rapatriée sans son accord? ‘Ce serait souhaitable, mais ce n’est pas nécessaire absolument’ a-t-il déclaré, rappelant au détour que le cas canado-québécois n’était pas unique, la Bavière n’ayant pas signé la constitution allemande“⁷⁸.

Und er rechtfertigte noch einmal das Vorgehen seines Chefs Trudeau von 1982. Aber wohin die Grundrechtscharta geführt habe, verwundere ihn doch: die 2003 erfolgte Anerkennung der Homo-Ehe habe er nicht intendiert und sie entspreche nicht seinen Vorstellungen, aber er könne sich notfalls damit arrangieren.⁷⁹

Die Unterschrift Québecs unter die Verfassung war übrigens nicht die einzige originelle Idee der ADQ dieser Tage. Gleichzeitig schlug sie vor, nun endlich nachzuholen, was im Eid der Parlamentarier der Québecer Nationalversammlung dem Wortlaut nach enthalten ist, der von ihnen Loyalität gegenüber dem Volk von Québec und die Einhaltung der Verfassung Québecs verlangt,⁸⁰ aber bislang existiert eine solche eigene Verfassung für Québec noch gar nicht.⁸¹ Sein Vorschlag sah ein Volksbegehren, eine institutionelle Kontrolle der Bürger über staatliche Behörden, feste Wahlperioden, eine Direktwahl des Premierministers und die Einführung des Verhältniswahlrechts vor.

Eine gemeinsame Verfassungsinitiative der ADQ und des PQ wäre gleichzeitig ein Hebel zum Sturz der liberalen Minderheitsregierung gewesen, aber es blieb bei einem Sturm im Wasserglas. Während der Abgeordnete des *Parti québécois* Daniel

77 „L’intégration du Québec n’est plus nécessaire, croit Marc Lalonde“ (Die Integration Québecs ist nicht mehr nötig, glaubt Marc Lalonde), *La Presse* 16. April 2007.

78 „Soll Québec die Verfassung unterschreiben, die ohne sein Einverständnis heimgeholt worden war? Es wäre wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich, hat er erklärt und beiläufig erwähnt, dass Kanada-Québec hier kein Einzelfall sei; auch Bayern habe das deutsche Grundgesetz schließlich nicht unterschrieben“, *Le Devoir* vom 17. April 2007.

79 „Rapatriement de la constitution: Chrétien n’a aucun regret“ (Heimholung der Verfassung – Chrétien bedauert nichts.); „J’ai été pris par surprise. J’avais alors 69 ans, vous savez, et ce mode de vie ne faisait pas vraiment partie de ma culture [...] J’ai dû composer avec, a-t-il avoué, sourire en coin, en haussant les épaules. J’y ai survécu.“ (Ich bin davon überrascht worden. Ich war da schon 69 Jahre alt, wissen Sie, und diese Art zu leben gehörte nicht zu meiner Lebenskultur. Ich musste mich damit abfinden, sagt er mit einem Lächeln im Mundwinkel und zuckt mit den Schultern. Ich hab’s überlebt.), *La Presse* vom 16. April 2007.

80 „Je déclare sous serment que je serai loyal envers le peuple du Québec et j’exercerai mes fonctions de député avec honnêteté et justice dans le respect de la constitution du Québec.“ (Ich gelobe, dass ich gegenüber dem Volk von Québec loyal sein und mein Amt als Abgeordneter ehrlich, gerecht und in Achtung vor der Verfassung Québecs ausüben werde.).

81 Vgl. Marc Chevrier: „Pourquoi le Québec n’a pas de constitution“, *Le Devoir* vom 10. April 2000.

Turp – indes ohne offizielles Parteimandat – einerseits im Oktober 2007 einen konkreten Verfassungstext einbrachte,⁸² bestand der ADQ-Chef Mario Dumont darauf, die Liberalen mit ins Boot zu holen, was wiederum nicht ganz aussichtslos war, hatte sich doch sogar ein Minister der liberalen Minderheitsregierung, Benoit Pelletier, immer für eine eigene Québécois Verfassung ausgesprochen. Am 21. Mai 2008 stellte der liberale Ministerpräsident Québecs, Jean Charest, indes klar, dass dies Projekt mit ihm nicht zu haben sei⁸³ und mit seiner Wiederwahl am 8. Dezember 2008 ist die Angelegenheit wohl auf absehbare Zeit von der Tagesordnung.

Und auch Stephen Harpers Konzessionen gegenüber Québec hatten Ende 2008 wenig Dankbarkeit erfahren: am 5. Dezember 2008 fand sich eine denkwürdige Koalition⁸⁴ aus Neodemokraten, Liberalen und Québécois Autonomisten des *Bloc québécois* bereit, per Misstrauensvotum die konservative Minderheitsregierung zu stürzen, was nur dadurch verhindert werden konnte, dass die Generalgouverneurin die Notbremse zog und die Abgeordneten bis Ende Januar 2009 in Parlamentsferien schickte.⁸⁵ Aus dem Winterurlaub zurückgekehrt, gelang es Harper dann doch, die Zustimmung der Liberalen für sein Budget zu erhalten und die erstaunliche Koalition seiner so unterschiedlichen Gegner erwies sich bis heute als wenig beständig. Von Dauer dagegen scheint die Präsenz des *Bloc québécois* im Parlament von Ottawa und seine Entschiedenheit, das Gewicht der Provinz auch bei der Frage der Regierungsbildung in der Föderation in die Waagschale zu werfen.

Fazit

Wenn wir kurz auf unsere Ausgangsfrage der *longue durée* zurückzukommen, nämlich, inwiefern sich 1982 in die Serie von historischen Niederlagen einreicht, die das Québécois Geschichtsbild ausmachen, so spricht durchaus einiges dafür, es als weitere Episode in einer langen Kette zu interpretieren. Man kann aber auch der Anregung von Jocelyn Létourneau folgen, den Lauf der franko-kanadischen Geschichte anders zu sehen.⁸⁶ Es habe zwar immer wieder Niederlagen gegeben. Aber

82 Daniel Turp: *Projet de constitution d'un Québec souverain*. (projet de loi 196) Ursprünglich : *Avant-Projet sur la souveraineté*: texte annoté, Cowansville, Éditions Yvon Blais, 1995, 183-203, auch in: *L'Action nationale*, vol. LXXXV, numéro 8, octobre 1995, 39-94; <http://www.danielturp.org/constitution-quebec/pdf17avril/Constitution_du_Quebec.pdf>, 12. Dezember 2009.

83 *Le Devoir* vom 21. Mai 2008.

84 „La cage aux fous“ (Ein Käfig voller Narren): „Les ennemis irréductibles d'hier, après des tractations acunement spontanées, se sont tombés dans les bras, les uns des autres, et tu deviens premier ministre et je me retrouve ministre et l'on gouverne avec ta bénédiction souverainiste et exit le psycho rigide et sa bande de droitistes.“ (Gestern noch unversöhnliche Feinde, fallen sie sich nach abgekarteten Verhandlungen plötzlich in die Arme, du kriegst den Premierministerposten und ich einen Ministersessel und dann regieren wir mit dem Segen der Souveränisten und schon ist Ende mit dem verklemmten Psychopathen und seiner rechten Bande.), *Le Devoir* vom 6./7. Dezember 2008.

85 „Crise politique à Ottawa“, *Le Devoir* vom 5. Dezember 2008.

86 „S'il faut bien admettre que les francophones du Québec ont, de tout temps et dans leur majorité, en tant que Canadiens puis Canadiens français, essayé les tentatives d'assimilation,

haben sich nicht auf lange Sicht, auch durch den „Eigen-Willen“ der Franko-Kanadier, ihre Beharrlichkeit und die Bereitschaft zur Rebellion, manche Niederlagen in Siege verwandelt? Die Akadier seien schließlich zurückgekehrt, wenn auch nach dem Verlust der Hälfte ihres Volkes, die Demokratie, die die Patrioten Unter-Kanadas vergeblich gefordert hatten, wurde letztlich doch erreicht, die Québecer hätten ihre kulturelle Eigenständigkeit am Ende erfolgreich verteidigt und mussten Kanada, das sie einst gegründet hatten, (noch) nicht aufgeben und anderen überlassen, ihr Einfluss auf die Föderation sei groß, wenn auch vielleicht indirekt: wäre ohne die ständige Herausforderung durch Québec Kanada heute zweisprachig, multikulturell und so progressiv?

Zu diesem letzten Punkt liest es sich wie eine Bestätigung, dass es manchmal auf die lange Sicht ankommt. Im Februar 2007 berichtete *Le Devoir*, dass mittlerweile 88% der Kanadier die Grundrechts-Charta der neuen Verfassung positiv beurteilen. Bei den frankophonen Québecern sind es 91% und bei den Befürwortern der Unabhängigkeit sogar 92%!

Anhang: Politische Parteien und ihr Gewicht in Kanada und Québec

Das politische Spektrum (hier nach dem gegenwärtigen Gewicht in Kanada geordnet) ist in Québec überwiegend anders zusammengesetzt als im übrigen Kanada. Nur zwei Parteien, die Liberalen und die Grünen, stimmen (in etwa) auf beiden Ebenen überein und können, sehr grob gesagt, als einer gleichen politischen Richtung bzw. Organisation zugehörig betrachtet werden. Die Konservativen und die als sozialdemokratisch zu bezeichnende NPD treten nur bei Bundeswahlen auch in Québec an, während der souveränistische *Bloc québécois* nur in der Provinz Québec bei Bundeswahlen kandidiert und zur gleichen politischen Formation gehört wie der *Parti québécois*, aus dem er hervorgegangen ist. Eine links vom *Parti québécois* stehende Variante des Souveränismus hat sich unter dem Namen *Québec solidaire* gebildet, während die *Action démocratique du Québec*, vereinfachend gesprochen, als die konservative und zugleich wirtschaftsliberale Variante des Souveränismus betrachtet werden kann. Die drei letzteren agieren nur auf Provinzebene und befürworten im Prinzip, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten, die Unabhängigkeit Québecs.

d'excentration, de refoulement, de marginalisation voire d'infériorisation, de la part du pouvoir économique et politique anglais, il n'empêche que, au total, ils sont su jouer aussi leurs cartes de manière fort habile sur le plan politique de même que, depuis une quarantaine d'années, sur le plan économique. A tel point qu'au début du XXIème siècle les francophones du Québec apparaissent comme n'ayant jamais été aussi forts et assurés dans leur capacité à être au monde", Jocelyn Létourneau: *Passer à l'avenir: histoire, mémoire, identité dans le Québec d'aujourd'hui*, Montréal: Boréal 2000, 146-147. Einen Sieg „à la David contre Goliath“, nennt er das Ergebnis in: *Que veulent vraiment les Québécois*, op.cit, 131.

Wahlen Kanada 14.10.2008 Ganz Kanada			Wahlen Kanada 14.10.2008 Nur Provinz Québec		Wahlen Provinz Québec 8.12.2008		
Parteien	Stimmen in %	Sitze	Stimmen in %	Sitze	Parteien	Stimmen in %	Sitze
Parti Conservateur	37,6	143	21,7	10	Action démocratique du Québec	16,4	7
Parti libéral	26,2	76	23,8	14	Parti libéral du Québec	2,2	0
Nouveau parti démocratique	18,2	37	12,2	1	Québec solidaire	3,8	1
Bloc québécois	10,0	50	38,1	49	Parti québécois	35,2	51
Parti Vert	6,8	0	3,5	0	Parti Vert du Québec	2,2	0
Indépendants	0,7	2	0,7	1			